

## Solidaritätstage für Tibet in Genf

**Mag sein**, daß im vergangenen Jahr in Brüssel mehr Menschen zusammengekommen sind. Möglich auch, daß die Vorbereitungen damals reibungsloser verliefen, weil die Genfer Behörden den Veranstaltern dieses Jahr einige Beschränkungen auferlegt haben und der geplante Demonstrationzug von der chinesischen Botschaft zum Sitz der Vereinten Nationen ausfallen mußte. Dennoch ist die politische Wirkung der Aktionstage vom 9. und 10. März in Genf zweifellos höher als die der Demonstrationen des vergangenen Jahres.

Etwa 3000 Menschen aus ganz Europa hatten sich am Sonntag, dem 9. März 1997, vor dem Palast der Nationen, dem Genfer UN-Sitz, eingefunden. Bemerkenswert war vor allem das Engagement der osteuropäischen Gruppen, die unter ungleich schwierigeren Bedingungen arbeiten als im Westen. So war aus Split in Kroatien ein vollbesetzter Bus 22 Stunden lang unterwegs gewesen, um an den Aktionen teilnehmen zu können.

Ein Meer von tibetischen Fahnen bestimmte das Bild, nicht nur in Genf. Flagge für Tibet zeigten auch mehr als 500 europäische Städte in 17 Ländern, darunter 77 deutsche Städte, auf deren Rathäusern am 10. März die tibetische Fahne wehte, als Zeichen der Solidarität mit Tibet. In Genf herrschte eine angenehme tibetische Festtagsstimmung, die der Ernsthaftigkeit des Anliegens keineswegs abträglich war. Hauptredner war der Außenminister der tibetischen Regierung im Exil, Kalon Tashi Wangdi. Er forderte unter anderem die internationale Verantwortung ein, gerade jetzt, da der Tod von Deng Xiaoping möglicherweise neue Perspektiven für Tibet eröffnet. Andere Redner aus dem Europäischen Parlament, nationalen und regionalen Parlamenten, den Organisationen der Exiltibeter sowie den Solidaritätsgruppen erinnerten an die fortdauernden Verbrechen in Tibet und die weltweiten Bemühungen, China zu einem Einlenken zu bewegen.

Bemerkenswert ist auch, daß die Tibeter ihren Gedenktag nicht zu einer rein tibetischen Veranstaltung machten. Erkin Alptrekin von der Ostturkestanischen Union in Europa, Hr. Temsilto von der Inneren Mongolischen Liga zum Schutz der Menschenrechte und Wei Chang Chang von den chinesischen Dissidenten erhielten viel Beifall dafür, daß sie die Zu-



Foto: Helmut Steckel

Circa 3000 Menschen kamen nach Genf, um für die Freiheit Tibets zu demonstrieren.

sammenhänge zwischen dem tibetischen Freiheitskampf und den sonstigen Bemühungen um Freiheit und Menschenrechte im chinesischen Machtbereich aufzeigten. Die exzellente fünfsprachige Moderation von Tenzin W. Drongshar, Valentina Dolara sowie Jampa Porong garantierte den reibungslosen Ablauf. Am späten Nachmittag kam es doch noch zu einem Demonstrationzug, als sich die Teilnehmer vom Palast der Nationen Richtung Genfer See bewegten, um dort rund um das Ufer Lichter für Tibet zu entzünden.

Am Montag begann für die Dagebliebenen ein politisches Programm. Um 9.30 Uhr kam es zu einer spontanen



Foto: Helmut Steckel

Kalon Tashi Wangdi war Hauptredner in Genf.

Demonstration vor der chinesischen Botschaft. Ursprünglich war nur eine Petitionsübergabe im kleinen Rahmen vorgesehen, doch vor allem dank der kurzfristigen Mobilisierung durch den Verein Tibeter Jugend in Europa fanden sich etwa 100 Menschen an der Absperrung vor der Botschaft ein. Drei Abgesandte durften eine Petition dorthin bringen. Erwartungsgemäß reagierten die dortigen Geschäftsträger nicht, so daß die Petition nur über den Briefkasten zugestellt werden konnte.

Von der Botschaft begaben sich die Tibetfreunde wieder zum Palast der Nationen, wo beim UN-Hochkommissar für Menschenrechte eine Petition abgegeben wurde, in der es vor

allem um das Schicksal des Panchen Lama ging, des jüngsten politischen Gefangenen der Welt. Um dies hervorzuheben, hatten die Exiltibeter eine Delegation mit drei Kindern und drei Erwachsenen unter der Leitung von Tenzin Emchi zusammengestellt, die schließlich von Mit-

arbeitern des Hochkommissariats empfangen wurde. Sie hatten dort zwanzig Minuten lang die Gelegenheit, ihre Anliegen vorzutragen.

Dies Treffen war besonders wichtig, weil am selben Tag die 53. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission begann. Sie ist derzeit das einzige Gremium der Vereinten Nationen, in dem die Situation in Tibet angesprochen werden kann. Da auch die VR China dort vertreten ist, ist es jedoch schwer, die Verbrechen im chinesischen Machtbereich auf die Tagesordnung zu setzen. Vor zwei Jahren war es dank der Initiative der Europäischen Union erstmals gelungen, eine Debatte über Tibet und China anzusetzen, obwohl die Resolution, in der China verurteilt werden sollte, knapp scheiterte. In diesem Jahr stehen die Chancen für eine Chinadebatte nicht sehr gut, da Frankreich und Italien die gemeinsame Position der EU sprengen. Wegen der Wirtschaftskontakte haben sie kein Interesse mehr an einer Verurteilung Chinas. Dagegen setzen sich vor allem die Niederlande für die Anliegen der Tibeter und der demokratischen Chinesen ein.

Klemens Ludwig

## Exiltibeter auf Tibetreise zu 18 Jahren Haft verurteilt

Der Exiltibeter Ngawang Choephel, der im August 1995 auf seiner Reise nach Tibet von der Polizei in Schigatse verhaftet worden war (*Tibet und Buddhismus* Heft 40), ist zu 18 Jahren Haft verurteilt worden. Peking wirft dem 30-jährigen Tibeter Spionage vor. Das Strafmaß ist selbst für chinesische Verhältnisse hoch; politische Gefangene in Tibet werden gewöhnlich zu sechs bis sieben Jahren verurteilt.

In offiziellen Berichten hieß es, Ngawang Choephel sei ein Spion im Dienst der USA. Der Exiltibeter, der in den USA studiert hatte, erhielt von einer amerikanischen Stiftung sowie von Privatleuten Unterstützung für sein Projekt, nicht aber von der Regierung. Westliche Touristen, die Ngawang Choephel kennengelernt hatten, berichteten, daß er sich ganz auf die Dokumentation traditioneller Gesänge und Tänze konzentriert habe und peinlich darauf bedacht war, jede Art von politischer Aktivität zu vermeiden. Allerdings besaß er keine gültigen Papiere für seine Reise. Als tibetischer Flüchtling mit indischen Reisedokumenten hätte er eine besondere Genehmigung benötigt, um nach Tibet zu reisen; dazu hätte er sich jedoch als chinesischer Staatsbürger anerkennen lassen müssen.

Das harsche Urteil gegen Ngawang Choephel hat weltweit Proteste ausgelöst. Der amerikanische Senat setzte sich in einer Resolution für den Tibeter ein. *amnesty international* forderte die sofortige und bedingungslose Freilassung des Tibeters, zumal es überhaupt keine Beweise für die von China erhobenen Vorwürfe gebe und die Ankläger sich lediglich auf ein „Geständnis“ stützten. Sein Prozess zeigte die Bereitschaft der Behörden, „die

Gesetze für die eigenen politischen Zwecke zu mißbrauchen und schwere Haftstrafen gegen unschuldige Opfer als Warnung für andere zu verhängen,“ schrieb *amnesty* in London. Die *International Campaign for Tibet* (ICT) ermahnte Reisende nach Tibet zu großer Vorsicht. Unter dem 1993 erlassenen Staatssicherheitsgesetz könnten alle möglichen Handlungen, vor allem politische Aktivitäten, strafrechtlich verfolgt werden. Auch die Tibeter selbst müßten geschützt werden, da sie aufgrund ihrer Kontakte mit Touristen Repressalien ausgesetzt sein könnten.

Unterdessen appellierte die an Tuberkulose erkrankte Mutter von Ngawang Choephel, Sonam Dekyi, in Delhi an die Regierungen der Welt, sich für ihren Sohn einzusetzen. Gegenüber den chinesischen Behörden sprach sie den Wunsch aus, ihn im Gefängnis besuchen zu können, bevor sie sterbe. *bs*

## Leiden einer tibetischen Nonne im Gefängnis

Die 19jährige tibetische Nonne Ngawang Sangdröl, die seit ihrem 13. Lebensjahr im Drapchi-Gefängnis von Lhasa inhaftiert ist, wurde aufgrund ihres „Ungehorsams“ zu neun weiteren Jahren Haft verurteilt. Dies berichtete das *Tibet Information Network* Ende November 1996. Sie war nicht, wie es die Gefängnisregel vorschreibt, aufgestanden, als ein Beamter ihre Zelle betrat, und hatte ihr Bett nicht gemacht. Als Strafe dafür mußte sie im Hof des Gefängnisses im Regen stehen, wo sie Slogans rief wie „Freiheit für Tibet“.

Daraufhin ließ der Brigadekommandeur Soldaten kommen, die Ngawang Sangdröl und drei weitere Nonnen schlugen. Diese Szenen spielten sich offenbar im März 1996 ab, wie die tibetische Nonne Gyaltzen Pelsang sagte, die im gleichen Gefängnis inhaftiert war und nach ihrer Entlassung aus Tibet flüchtete.

Zwei Strafen hatte Ngawang Sangdröl aus dem Nonnenkloster Garu, fünf Kilometer nördlich von Lhasa, bereits kassiert: drei Jahre für die Teilnahme an einer Demonstration für die Unabhängigkeit Tibets und sechs Jahre für das Singen nationaler Lieder im Gefängnis. Mit einer Gesamtstrafe von 18 Jahren hat die Nonne eine höhere Strafe zu verbüßen als jede andere politische Gefange-

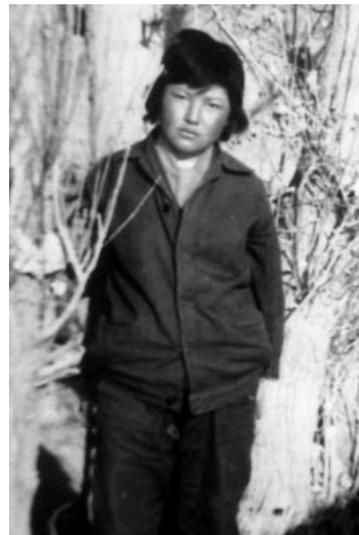


Foto: Tibet Information Network

Die tibetische Nonne Ngawang Sangdröl ist seit ihrem 13. Lebensjahr im Drapchi-Gefängnis von Lhasa inhaftiert.

ne in Tibet heute. Die Nonne gehörte zu einer Gruppe von Tibeterinnen im Gefängnis, die aus Protest gegen eine „Umerziehungskampagne“ kleinere Regeln im Gefängnis verletzte. In dieser Kampagne forderte man von ihnen, den von den Kommunisten erkorenen Jungen als 11. Pantschen Lama anzuerkennen.

Wie die 16jährige Nonne Gyaltsen Pelsang nach ihrer Flucht aus Tibet im November 1996 berichtete, ist Ngawang Sangdröl in eine winzige Zelle ohne Fenster eingesperrt. Im Juli 1996, als sie ihre Dharmaschwester zum letzten Mal sah, war sie blaß und ausgemergelt, denn sie erhielt nur zweimal täglich Nahrung. In den Monaten vor ihrem Gerichtsprozeß gab man ihr als „Extrastrafe“ nur einen Mehlkloß am Tag; sie war nicht in der Lage weitere Nahrung, die man ihr zuschmuggelte, zu sich zu nehmen, was ein Zeichen ernster Unterernährung ist. *bs*

## Massive Eingriffe in religiöses Leben

Zur „letzten Schlacht“ gegen den Einfluß des Dalai Lama wollen die chinesischen Machthaber ausholen. In einem Bericht des sog. *Tibetischen Zentralkomitees* hieß es Ende letzten Jahres, daß die Kampagne zur „Umerziehung“ in den Klöstern und die politische und ideologische Erziehung in den Schulen ausgeweitet werden müsse. Funktionäre der Kommunistischen Partei wurden von der Regierung gedrängt, die „negativen Aspekte des tibetischen Buddhismus“ zu eliminieren, die die Entwicklung des Landes behinderten. Ein Kommentator in der staatlichen Zeitung *Tibet Daily* schrieb dazu: „Je ärmer sie sind, um so mehr wollen sie die Götter anbeten. Aber je mehr sie die Götter anbeten, um so ärmer werden sie“.

Seit den Auseinandersetzungen um den Pantschen Lama haben die Behörden massiv in das klösterliche Leben eingegriffen, z.B. durch die Einführung von „Management Komitees“. Im Kloster Drepung nahe Lhasa hat ein solches Komitee jüngst ein Banner angebracht, das die Aufschrift trägt: „Die patriotische Erziehung wärmt die Herzen der Mönche, und die Wohltätigkeit des Schutzes der Klöster und der Mönche wird tausend Jahre währen.“ Mit der „patriotischen Erziehung“ ist die Aufforderung verbunden, die Führung der Regierung ohne Wenn und Aber anzuerkennen, die Politik der Partei auch in religiösen Fragen umzusetzen, gegen „Konterrevolutionäre“ zu kämpfen und der „Unterwanderung“ durch ausländische Kräfte Einhalt zu gebieten. *bs*

## Bombenattentat in Lhasa

Vor einem Regierungsgebäude in Lhasa detonierte in den frühen Morgenstunden des 25. Dezember 1996 eine Bombe, die nach Angaben des *Tibet Information Network* fünf Menschen zum Teil schwer verletzte. Die bisher größte

Bombenexplosion in Lhasa verursachte erheblichen Sachschaden. Sämtliche Fenster in einem Radius von 100 Metern gingen zu Bruch; direkt gegenüber dem Regierungsgebäude liegende Hotels wurden beschädigt.

Das staatliche Radio sah den Vorfall als „einen schrecklichen Akt des Terrorismus“ und bezeichnete ihn als „einen weiteren konterrevolutionären Akt“, verübt von den Anhängern des Dalai Lama in Lhasa. Dabei war es das erste Mal, daß die Behörden offiziell über einen Sabotageakt in Tibet berichteten. Das chinesische Radio klagte den Dalai Lama und seine Exilregierung an, die eigentlichen Drahtzieher des Vorfalls und damit keine wirklichen Verfechter der Gewaltlosigkeit zu sein.

Die tibetische Regierung im Exil schließt nicht aus, daß China selbst den Anschlag vorgetäuscht haben könnte, um noch härter gegen die Tibeter vorzugehen. „Der eigentliche Gewinner eines solchen Vorfalls ist die chinesische Regierung“, sagte Tashi Wangdi, Minister der Exilregierung. Der Minister betonte, daß die tibetische Führung im Exil nichts mit dem Anschlag zu tun habe. *bs*

## Grausame Morde in Dharamsala – Unruhe unter den Exiltibetern

*Geshe Lobsang Gyatso*, der 70jährige Leiter der „Buddhist Dialectic School“ in Dharamsala, und zwei Mönche, die an dem Institut studierten, sind am Abend des 4. Februar 1997 auf brutale Weise von mehreren Tätern getötet worden. Der Ehrwürdige Lobsang Gyatso galt als einer der besten Gelehrten und zählte zu den berühmtesten Gesches im indischen Exil. Die beiden anderen Mönche waren Schüler des Dalai Lama; sie sprachen fließend Chinesisch und sollten ihn auf seiner Taiwanreise im März dieses Jahres begleiten.

Das Mordmotiv ist nach wie vor Objekt zahlreicher Spekulationen. Indische Zeitungen berichteten im Februar, daß sich die Ermittlungen der indischen Polizei vor allem auf Anhänger von Gyaltschen Schugden richteten, einen tibetischen Dharmabeschützer, über den es in den letzten Monaten heftige Kontroversen gegeben hat. Geshe Lobsang Gyatso hatte die Schugden-Praxis seit vielen Jahren öffentlich kritisiert und noch zu Lebzeiten des Tutors des Dalai Lama, Kyabsche Tridschang Rinpoche, diesen wegen seiner Verehrung für Schugden angegriffen. Laut Aussagen der indischen Polizei hatte der erklärte Schugden-Gegner seit neun Monaten anonyme Morddrohungen erhalten.

Der Dalai Lama sprach sich seit vielen Jahren gegen die Schugden-Praxis aus. Im letzten Jahr verlangte er von seinen Schülern, diese ganz einzustellen, da es sich um einen Beschützer handle, der der Sache Tibets schade, Unfrieden unter den Tibetern stifte und das Leben des Dalai Lama gefährde. Seine Heiligkeit forderte seine Schüler wiederholt auf, Zuflucht zu den Drei Juwelen zu nehmen

und sich auf die eigentlichen Dharmainhalte zu konzentrieren.

Langjährige Praktizierende von Gyaltschen Schugden, unter ihnen einige bekannte Lamas der Gelug-Schule, wiesen die Anweisung des Dalai Lama zurück. Sie kritisierten Seine Heiligkeit und die Exilregierung, daß diese aus politischen Gründen in die religiöse Praxis eingriffen. In Tibet, wo Religion und Politik aufs engste verflochten waren, hatte jedoch die Schugden-Praxis von Anfang an stets auch politische Implikationen, wobei es vornehmlich um die Einflußnahme auf die Regierungsgeschäfte ging. Die Verehrung dieses Dharmabeschützers tibetischen Ursprungs ging aus einem Konflikt zwischen der vom 5. Dalai Lama gegründeten Ganden-Podrang-Regierung und der Oberen Kammer von Drepung des Tulku Drakpa Gyaltsen hervor.

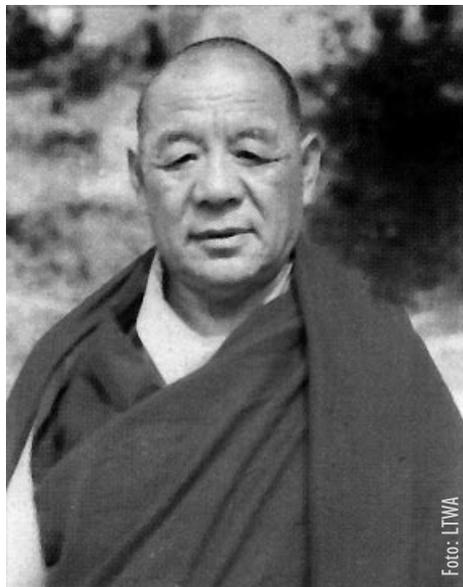
Geshe Thubten Ngawang, der in den letzten Monaten immer wieder auf den Streit um Schugden angesprochen wurde, sagte dazu: „Im Verdienstfeld des Mahāyāna-Buddhismus steht an erster Stelle der Lama, gefolgt von den Yidams, den Budhas, Bodhisattvas, Vīras und Dakinis; die Dharmabeschützer kommen ganz zum Schluß. In Tibet scheint sich unter bestimmten Machtverhältnissen diese Rangfolge manchmal umgedreht zu haben, so daß die Dharmabeschützer an die erste Stelle avancierten. Auch herrschte manchmal Verwirrung, weil es so viele Dharmabeschützer gab, deren Anhänger sich nicht alle in Harmonie miteinander befanden. Die enge Verbindung von Dharma und Politik hat nicht selten zu Machtmißbrauch geführt.“

Den buddhistischen Schülern und Schülerinnen rät Geshe Thubten Ngawang: „Es gibt in den buddhistischen Schriften genaue Erklärungen über die Rolle und Bedeutung der Beschützer-Praxis. Die Schüler sollten diese sehr genau untersuchen und sich aufgrund ihrer Kenntnis ein eigenes Urteil bilden. Im Zentrum der buddhistischen Praxis stehen immer die Vier Wahrheiten; wir müssen den eigenen Geist durch Hören, Nachdenken und Meditieren schulen, um Unheilbares aufzugeben und Heilsames anzunehmen.“

Lächelnder Sieger in der innertibetischen Kontroverse um Gyaltschen Schugden ist zweifellos die chinesische Regierung, die schon seit über einem Jahr intensiv daran arbeitet, den Dalai Lama zu diskreditieren und Zwietracht unter den Tibetern zu säen. In der regierungsnahen Zeitschrift „China's Tibet“, die in englischer Sprache erscheint, machen sich die Kommunisten zu Anwälten von Schugden, den sie als „unschuldigen Wächter der buddhistischen Lehre“ bezeichnen. Weiter beschuldigen sie den

„hysterischen Dalai Lama“, die Religionsfreiheit seiner Gefolgsleute zu beschneiden und „dem heiligen Geist der Gelug-Sekte praktisch einen Krieg erklärt“ zu haben.

Die *Dorje Shugden Devotees Charitable and Religious Society*, die im Juni 1996 in Delhi gegründet wurde, um „die Religionsfreiheit für alle Tibeter“ zu fordern und die sich zum Ziel gesetzt hat, „die authentischen Unterweisungen der Gelug-Tradition des tibetischen Buddhismus“ zu bewahren, bestreitet, irgend etwas mit dem Mord in Dharamsala zu tun zu haben. Einige ihrer Mitglieder, darunter sechs Mönche, die von der indischen Polizei kurz nach der Bluttat festgenommen worden waren, wurden kurze Zeit später wieder auf freien Fuß gesetzt. Verlässliche Informationen über den Hintergrund der Morde gibt es zur Zeit nicht. Unterdessen haben die indischen Behörden die Sicherheitsmaßnahmen für den Dalai Lama erneut verstärkt. Seine Heiligkeit beklagte in den Unterweisungen in Dharamsala den Verlust, den er durch den Tod seiner Schüler persönlich erlitten habe, forderte die Tibeter jedoch auf, ihr Mitgefühl nicht nur auf die Opfer zu



Mordopfer Geshe Lobsang Gyatso: einer der besten tibetischen Gelehrten im indischen Exil.

richten, sondern auch auf die Täter, die durch ihre grausame Handlung viel schlechtes Karma angesammelt hätten.

*Birgit Stratmann*

## Wirbel um Taiwan-Besuch des Dalai Lama

*Der Dalai Lama* ist der Einladung der *Chinese Buddhist Association* Taiwans gefolgt und am 22. März 1997 zum ersten Mal in den Inselstaat gereist. Der Besuch ist für beide Seiten nicht unproblematisch. Stein des Anstoßes für die Tibeter war bisher die Überzeugung der taiwanesischen Regierung, daß Tibet ein Teil Chinas sei, wobei Taiwan sich selbst als rechtmäßige Vertretung Chinas versteht. Taipeh wiederum steht im Konflikt mit Peking, das Taiwan als abtrünnige Provinz seines Landes betrachtet. Die Volksrepublik wirft den taiwanesischen Verantwortlichen und dem Dalai Lama vor, gemeinsame Sache zu machen, um „das Vaterland zu entzweien“.

Aufgrund des großen Konfliktpotentials betonte der Dalai Lama im Vorfeld immer wieder den religiösen Charakter seines sechstägigen Besuches, der ganz im Zeichen buddhistischer Unterweisungen stünde. Trotz heftiger Kontroversen kam es dann doch zu einem „informellen“ Treffen zwischen dem Oberhaupt der Tibeter und dem taiwanesischen Präsident Lee Teng-hui. *bs*

## Relativierende Interpretation der Tibet-Resolution des Deutschen Bundestages?

Im Juni vergangenen Jahres hatte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung mit seiner Tibet-Resolution aufgefordert, sich für die Beendigung der Menschenrechtsverletzungen gegen Tibeter einzusetzen und die Bemühungen des Dalai Lama und der tibetischen Exilregierung um einen Dialog mit der chinesischen Regierung zu unterstützen. Inwieweit ist die Bundesregierung diesem Auftrag des Bundestages bis jetzt nachgekommen?

In der Menschenrechtsdebatte zur deutschen Südost- und Ostasienpolitik am 5. Dezember 1996 warf Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) Außenminister Kinkel eine relativierende Interpretation der Tibet-Resolution gegenüber der chinesischen Führung vor. Dies sei das Resultat des Bemühens der Bundesregierung um Verständnis für das angeblich andersartige Menschenrechtsverständnis in Asien. Die Erklärung für eine solche Argumentation liege u.a. in der wachsenden wirtschaftlichen Potenz Chinas. Auf diesem Fundament werde erstmals seit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 das Universalitätsprinzip der Menschenrechte in Frage gestellt. Es genüge nicht, die Menschenrechte anzusprechen. Deutlichere Signale müßten gesetzt werden.

Kinkel wies diesen Vorwurf zurück: „Ich habe damals bei der Tibet-Resolution im Deutschen Bundestag mitgestimmt, und ich habe mich in Peking in gar keiner Weise relativierend geäußert. Ich bitte Sie, das jetzt endgültig zur Kenntnis zu nehmen und diese Behauptung in Zukunft zu unterlassen.“ Das Anliegen des Deutschen Bundestages, zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage in Tibet beizutragen, finde die volle Unterstützung des Ministers. Die Menschenrechte und Tibet hätten daher in all seinen Gesprächen mit der chinesischen Führung bei seiner Chinareise im Oktober 1996 eine zentrale Rolle gespielt, erklärte das Auswärtige Amt auf Anfrage unserer Redaktion.

Der Leiter des Persönlichen Büros des Bundespräsidenten, Dr. Hans-Hermann Bowitz, schrieb dazu: „Bei den in China geführten Gesprächen haben Fragen der zukünftigen Rolle Chinas in Asien und der Menschenrechte im Mittelpunkt gestanden. Das Thema Tibet wurde nicht grundsätzlich aufgegriffen. Aber die Sichtweise des Bundespräsidenten und der Bundesregierung ist bekannt, wonach zwar einerseits Deutschland die sogenannte Ein-China-Politik unterstützt, andererseits auch davon ausgeht, daß Tibet weitreichende kulturelle und religiöse Autonomie genießen sollte. Ohne eine Einbeziehung des

Dalai Lama in einen Dialog, wird es in Tibet – so scheint es – keine Ruhe geben. Die Frage ist, ob auch der Dalai Lama einen Beitrag leisten könnte, diesen notwendigen Dialog mit der chinesischen Seite zu erleichtern.“

Diese Stellungnahme widerspricht besonders in zwei Punkten der Tibet-Resolution des Deutschen Bundestages. Erstens wird darin anerkannt, daß der Dalai Lama sich seit Jahren um einen friedlichen Dialog mit der chinesischen Regierung bemüht. Zweitens heißt es, daß in der Anhörung des Deutschen Bundestages vom 19. Juni 1995 unter den Sachverständigen „der völkerrechtliche Status Tibets streitig geblieben ist“. Trotzdem unterstützen Bundespräsident Roman Herzog und die Bundesregierung weiterhin die sogenannte Ein-China-Politik, ohne Chinas Anspruch auf Tibet auch nur im geringsten in Frage zu stellen.



Foto: Foto Bulmer

Ausgangspunkt für die Tibet-Resolution war die Anhörung des Bundestages zu Tibet im Juni 1995.

Kalon Tashi Wangdi, Außenminister der tibetischen Regierung im Exil, beklagte im Dezember 1996 gegenüber Journalisten in Bonn eine zunehmende Repression durch die chinesische Politik. Tibet erlebe eine „zweite kulturelle Revolution“. Wer sich auf Grundrechte berufe, werde als „Krimineller“ behandelt. Außenminister Kinkel betonte in einer Regierungserklärung, Menschenrechte und Demokratie seien weltweit Leitbilder geworden. Allerdings wollten die westlichen Länder ihr Menschenrechtsverständnis nicht dem Rest der Welt überstülpen. „Stille Diplomatie“ bringe manchmal am ehesten Erfolg.

Diese sogenannte stille Diplomatie beschreibt Henrik Bork, der nach vierjähriger Reportertätigkeit in der VR China Ende 1995 aus Peking ausgewiesen wurde, in seinem Buch *Chinas Wirklichkeiten* (Campus Verlag, Frankfurt/New York). Er beruft sich in der folgenden Passage auf Aussagen eines Beamten, der mit Kinkel gereist war: „Kinkel wollte Li Peng die Liste mit den Namen der Dissidenten geben. ‘Wie kommen Sie überhaupt dazu?’ fragte Li Peng barsch. Kinkel versuchte, die Situation zu retten, indem er sagte, er sei ja früher Justizminister gewesen und habe schon in dieser Funktion mit Menschenrechts-

fragen zu tun gehabt. 'Und?' fragte Li Peng daraufhin schnippisch zurück, 'wollen Sie jetzt etwa Justizminister in China werden?' Wir Beamte, die Zeugen dieser Szene wurden, waren entsetzt. Ein so rüder Ton, wie ihn Li Peng angeschlagen hatte, war sehr weit von der diplomatischen Sprache entfernt, die sonst bei solchen Gesprächen gepflegt wird. Li Peng nahm die Liste dennoch widerwillig entgegen. [...] Li Peng sagte dann weiter: 'Gut, wir werden diese Liste prüfen, aber die dafür anfallenden Kosten werden wir Ihnen in Rechnung stellen, Herr Kinkel.' Zu diesem Zeitpunkt, so dachte ich, hätte unser Minister einfach aufstehen und herausgehen müssen. Es war einfach zu unverschämt. Doch Li Peng ließ immer noch nicht locker. 'Ich weiß ja, Herr Kinkel', sagte Li Peng, 'daß Sie das aus innenpolitischen Gründen machen müssen. Ihrer Partei, der FDP, geht es ja auch nicht gut!' So weit der deutsche Beamte. Ist dies etwa die 'stille Diplomatie', von der die Bundesregierung behauptet, sie sei effektiver als deutliche, laute Worte an die Adresse Pekings?'

Carola Roloff

## Unterweisungen Seiner Heiligkeit in Frankreich

*Seine Heiligkeit der Dalai Lama* wird vom 26. bis 30. April 1997 Unterweisungen über die Vier Edlen Wahrheiten geben. Veranstalter ist das Institut Karma Ling in Savoyen/Frankreich. Nähere Informationen direkt bei:

Institut Karma Ling

Hameau des Saint-Hugon

F-73110 Arvillard - Savoie

Tel.: (33) 479 25 72 03 • Fax: (33) 479 25 78 08

(Für die Anmeldung wird ein Formular benötigt; eine Anmeldung per Fax oder Telefon ist nicht möglich.)

## Neue Tibetfilme in Hamburg

*Im Hamburger Abaton-Kino* werden im April 1997 in den Matineen um 11 Uhr in Zusammenarbeit mit der *Tibet Initiative Deutschland* und der *Gesellschaft für Demokratie und Menschenrechte in China und Tibet* neue Filme aus Tibet, der Mongolei und China gezeigt. Die Filmtage werden am 6. April mit den Filmen von Rosa Mars „Chinas Tibet?“ und „Aus Tibet – ein Heimatfilm“ eröffnet, in denen unzensierte, geheim gedrehte Szenen aus Tibet zu sehen sein werden. Am Morgen des 13. April stehen die beiden Dokumentationen von Prof. Wolf Kahlen „Der Lama, die Jurte, das Orakel“ und „Von Beruf Lama. Heimat Mongolei“ auf dem Programm. Der erste umfassende Streifen über tibetische Medizin „Das Wissen vom Heilen“ wird am 20. April zu sehen sein. Den Abschluß der Filmreihe bildet am 27. April der politische Film „Das Tor zum Himmlischen Frieden“, der die Hintergründe um das Massaker auf dem Tienamenplatz analysiert.

## China contra Walt Disney

*Die chinesische Regierung* hat im Dezember 40 US-amerikanischen Künstlern Visa für Tibet verweigert. Die Betroffenen, unter ihnen Martine Scorsese, Jean Jacques Annaud, Brad Pitt und Harrison Ford, sind an dem Film „Kundun“ beteiligt, der das Leben des jungen Dalai Lama erzählt. Peking hatte bereits Ende November erklärt, daß „die Geschäftsinteressen der Walt-Disney-Unternehmen in ganz China“ auf dem Spiel stünden, falls dieser Streifen, der von ihnen vertrieben wird, veröffentlicht würde. Alle Aktivitäten, die „die Geschichte Tibets verfälschen“, würden nicht hingenommen.



40 Schauspieler verurteilten nach der Verweigerung der Einreise ihrer Kollegen in einem offenen Brief an die chinesische Regierung scharf die Versuche, weltweit Zensur auszuüben. Sie forderten die Filmgesellschaften, Schauspieler und Produzenten auf, sich Pekings Einschüchterungsversuchen zu widersetzen. Walt Disney will an dem Filmprojekt festhalten, das zu einer Zeit realisiert wird, da die chinesische Regierung massiv versucht, den Dalai Lama zu diskreditieren. *bs*

## Aufgeschnappt

- **An Erfrierung und Hunger starben drei Tibeter**, eine 21 jährige Nonne sowie zwei Kinder im Alter von 14 und acht Jahren im Februar auf ihrer Flucht nach Nepal.
- **Jahresbericht der US-Regierung über die Menschenrechte** stellt Clintons Politik vom „Wandel durch Handel“ in Frage. Ende 1996 gab es in China keinen aktiven Dissidenten, der nicht inhaftiert worden oder ins Exil gegangen ist, obwohl die Handelsbeziehungen zwischen den USA und China sich intensiviert hätten. Ein chinesischer Wissenschaftler gab hingegen zu bedenken: „Tatsächlich enthält die chinesische Verfassung mehr Artikel zum Schutz der Menschenrechte als die amerikanische Verfassung, und die chinesischen Klauseln und Maßnahmen sind weitaus konkreter.“
- **Ein 966 Kilometer langer Marsch für die Unabhängigkeit Tibets** startete am 10. März auf Initiative des ältesten Bruders des Dalai Lama, Thubten Jigme Norbu. Der Marsch geht von Toronto nach New York, wo am 14. Juni 1997 die Abschlußkundgebung sein wird.
- **Bilder des von China ernannten Pantschen Lama** wollen die Behörden in ganz Tibet aufhängen lassen – nicht nur in öffentlichen Gebäuden, sondern auch in privaten Haushalten.